

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) erklärte, Verschuldung sei zu einer normalen Begebenheit geworden. Immer mehr Menschen seien überschuldet und gerieten häufig in massive Lebenskrisen. Schuldnerberatung sei ein Angebot der Sozialarbeit, um die finanzielle Lage in einem längerfristigen Prozeß zu stabilisieren. Für die ganzheitliche Querschnittsarbeit müsse Beratung flächendeckend gesichert werden. Bereits ohne das neue Insolvenzrecht gebe es Wartezeiten von über drei Monaten. Die Mitfinanzierung durch die Sparkassen sei gescheitert. Als Teil der neuen Insolvenzordnung trete ab 1999 auch das neue Verbraucherinsolvenzverfahren in Kraft. Zahlungsunfähigen könnten Restschulden erlassen werden. In NRW seien 360 000 Haushalte überschuldet. Erheblicher Beratungsmehrbedarf werde entstehen. Die Schuldnerberatungsstellen müßten personell aufgestockt und dafür Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch seien unverzüglich ein Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung und Anerkennungsrichtlinien erforderlich. Der Justizminister habe bereits die 19 Insolvenzgerichte mit modernster Kommunikationstechnik ausgestattet und 200 zusätzliche Rechtspfleger bestellt.

**Horst Vöge** (SPD) bemerkte, viele Menschen überschätzten ihre Möglichkeiten, was die Summe von 440 Milliarden Mark an Konsumkrediten für Wohnungseinrichtungen und Autos erweise. Anders als im CDU-Antrag behauptet, solle das neue Insolvenzrecht nach Vorstellungen einiger Länder erst im Jahr 2000 in Kraft treten. Eine gesetzliche Mindestquote von zehn Prozent der Verbindlichkeit halte er für problematisch, weil dadurch Sozialhilfeempfänger von den gerichtlichen Entschuldungsverfahren ausgeschlossen würden. NRW beantrage im Bundesrat fünf Prozent. Im übrigen stehe die SPD-Landtagsfraktion äußerst positiv zu dem gesamten Paket. NRW habe über ein Ausführungsgesetz, Richtlinien und Landesförderung zu entscheiden. Auch müsse zwischen Verbraucherinsolvenz selbstverantwortlicher Bürger und Schuldnerberatung mit psychosozialer Krisenbewältigung unterschieden werden. Bisher werde Schuldnerberatung durch die Kommunen, nicht vom Land finanziert. Künftig gebe es einen Systemwechsel. Auch über einen Sparkassenfonds werde noch beraten. Existenzängste machten sich in den Beratungsstellen breit. Manches deute auf noch höhere Verschuldung als angenommen hin. Die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung NRW rechne mit einem Bedarf an Landesmitteln von 54,4 Millionen Mark.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) versicherte, auch ohne den CDU-Antrag werde rechtzeitig alles Notwendige zur Umsetzung des Insolvenzrechts veranlaßt. Wer für die bundesweit 1,7 Millionen überschuldeter Haushalte verantwortlich sei, wer die Falltüren in die Armut weit aufgerissen habe, wer Arbeit und Einkommen entkoppele, wer die Weichen auf „Heuern und Feuern“ und dadurch überschuldete Langzeitarbeitslose stelle, wer Dispo-Kredite für Jugendliche zulasse, wer auf Kreditwirtschaft und Versandhandel als Verursacher verzichte, der wolle sich jetzt von einem Problemgebirge entlasten und in einer sozialen Großtat auf Kosten der Ländersonnen. Die Bonner Koalition sei Spitze darin, andere die von ihr eingebrockten Suppen auslöffeln zu lassen. Nur ein Minimum der

## Beratungshilfe nach Reform der Insolvenzordnung

### 360 000 Haushalte in NRW sind überschuldet

Der CDU-Antrag „Verbraucherinsolvenzverfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) muß schnellstens umgesetzt werden“ (Drs. 12/2560) wurde nach der Aussprache im Plenum am 20. November in die Ausschußberatung überwiesen.



Übereinstimmend sahen alle Redner Handlungsbedarf bei der Schuldnerberatung nach dem neuen Insolvenzrecht, v. l. Bernhard Tenhumberg (CDU), Horst Vöge (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE), Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD).

Kosten des neuen Insolvenzrechts verspreche der Bund im Justizbereich. Trotzdem seien die GRÜNEN für fristgerechte Umsetzung und gegen eine Verschiebung. Qualifizierte unentgeltliche Schuldnerberatung werde das wichtigste Instrument sein. Jede außergerichtliche Einigung entlaste die Justiz um 4 000 Mark, und 1 600 Mark koste jeder Fall der Beratung. Sparen bei Schuldnerberatung könne sich das Land nicht leisten.

**Sozialminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) nannte die Reform des Insolvenzrechts einen sozialpolitischen Meilenstein, denn sie trage zu lohnenswerten Perspektiven aus der Schuldenfalle zahlloser Privatpersonen bei. Daß es ein Anrecht auf Unterstützung der Gesellschaft bis hin zum Schuldenerlaß bei längerem Wohlergehen gebe, habe eines

langen Überzeugungsprozesses bedurft. Es sei nicht immer akzeptiert worden, daß nicht nur individuelles Fehlverhalten, sondern auch Arbeitslosigkeit, Mietsteigerungen, Trennungen, Scheidungen und Fehlleitung von Verbrauchern ursächlich für Überschuldungen seien. Meist sei es die Kombination aus mehreren. Angesichts der Kräfteverhältnisse müsse die Position des Schuldners gestärkt werden. Sanfter Druck hin zu mehr Verantwortung bei Kreditvergaben sei auch wichtig. Die vom Bund versprochene Entlastung der Justiz sei bisher nicht eingelöst. Das NRW-Sozialministerium habe dennoch die Weichen gestellt und die erforderliche Beratungsarchitektur erarbeitet. Das Land mache seine Hausaufgaben bis zum 18. Dezember, so daß die neue Insolvenzordnung ab 1999 in Kraft treten könne.

## CDU: Haushaltssperre wegen „Finanzkatastrophe“

### SPD für gemeinsamen Weg aus der Krise

Den CDU-Antrag „Finanzkatastrophe in NRW – sofortige Haushaltssperre für 1997 und sofortige Ergänzungsvorlage für den Haushaltsentwurf 1998 erforderlich“ (Drs. 12/2559) lehnte die Landtagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN, auch im Hinblick auf die bereits kabinettstrenge Ergänzungsvorlage des Finanzministers, am 19. November ab. Minister Kniola sah eine noch nie dagewesene Krise, lehnte eine Haushaltssperre aber ab. SPD-Sprecher Trinius hielt gemeinsames Handeln von SPD, CDU und GRÜNEN für notwendig.

**Volkmart Klein** (CDU) begründete den Antrag mit deutlich reduzierten Steuereinnahmeerwartungen, die bei der aktuellen Schätzung unter Mitarbeit von NRW-Experten ermittelt worden seien. Auch im Mai habe Schleußer eine Haushaltssperre sechseinhalb Wochen vor dem Nachtragshaushalt 1997 erlassen. Im „Dezemberfieber“ gäben die Bundesländer 40 Prozent mehr aus als in den ersten drei Vierteljahren. Deshalb sei die Haushaltssperre jetzt noch notwendiger als im Mai. Die Regierungsfaktionen wollten aber lieber ein Dezember- als ein Koalitionsfieber. Die CDU sei bereit, die Haushaltsprobleme gemeinsam anzugehen.

**Erwin Siekmann** (SPD) stellte fest, alle drei staatlichen Ebenen erwarteten die Steuerschätzungen seit Jahren auch mit großer Sorge. Die Substanz staatlichen Handelns dürfe aber nicht durch überzogene Sparorgien unter die Räder kommen. Steuerprivilegien müßten abgebaut und Steuerschlupflöcher geschlossen werden, was Mehreinnahmen von 30 bis 40 Milliarden Mark bedeute. Eine rechtlich zulässige Vermögensteuer solle wiedereingeführt werden. Anders als der Bund reagiere die Landesregierung sofort und solide. Landesbeteiligungen von 500 Millionen würden verkauft, und eine globale Minderausgabe von einer Milliarde Mark werde erwirtschaftet. Die Kommunen bekämen 600 Millionen Mark weniger. Eine Haushaltssperre greife jetzt nicht mehr.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) hielt den CDU-Antrag für scheinheilig, denn die Finanzkatastrophe sei von einer verantwortungslosen Bundesregierung herbeigeführt worden. Bei zwei Billionen Staatsverschuldung seien fünf Billionen privates Vermögen angehäuft worden. Allein die abenteuerliche Senkung des Soli-Zuschlags mindere die Einnahmen um fünf Milliarden Mark. Die Bonner Koalition habe die Scheunentore für

(Fortsetzung nächste Seite)



## Fernstraßenbau mittleres Ruhrgebiet

In namentlicher Abstimmung lehnte die SPD-/GRÜNE-Mehrheit des Landtags am 19. November den CDU-Antrag „Fernstraßenbau im mittleren Ruhrgebiet“ (Drs. 12/2386) gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses (Drs. 12/2573) ab.

**Oliver Wittke** (CDU) erinnerte an den Bonner „Verkehrsgipfel“ vom 3. September mit bahnbrechenden und absolut neuen Vereinbarungen für das jahrelange Problem. Ein Ende der Belastungen für Bürger und Wirtschaft des Ruhrgebiets sei absehbar gewesen durch den überfälligen Ausbau der A 40. Die CDU wolle schnellstmögliche Verwirklichung der Bochumer Lösung, Anbindung des Opel-Werkes an die A 43, sechsstreifigen Ausbau der A 40 Stahlhausen bis Gelsenkirchen und den Lückenschluß A 52 zwischen Essen-Ost und -Nord, der jetzt in den vordringlichen Bedarf gebracht werde. Bonn realisiere nur eine Paketlösung mit allen Beteiligten. Sonst werde der Verkehrsfarkt zum Dauerzustand. Es gehe jetzt um ein eindeutiges Signal des NRW-Landtags an den Bund, daß Minister Clement nicht im Alleingang zugesagt habe und nun Taten folgen lasse.

**Heinz Wirtz** (SPD) verwies auf seine Plenarde von 5. März dazu und nannte die Gesprächsergebnisse von Clement erfreulich. Mit geringerem Aufwand seien erhebliche Verbesserungen der Mobilität zu erreichen und Ressourcen zu schonen. Straßenbeförderte Güter stünden ihrer Verwertung schneller zur Verfügung. Die SPD stehe hinter diesen Vereinbarungen. Vermessung, Planung bis zur Baureife würden bereits umgesetzt. Die Menschen in der Region wollten die Schuppe in die Hand nehmen, arbeiten und erwarteten das nötige Geld aus Bonn. Der Begrüßungsantrag der CDU bewege nichts und werde deshalb abgelehnt.

**Johannes Remmel** (GRÜNE) hielt ebenfalls von Begrüßungsritualen nichts und von handfester tatsächlicher Politik sehr viel. Die

Fortschreibung des Bedarfsplans, und damit aller NRW-Maßnahmen, stehe ab dem Jahr 2000 an. Die GRÜNEN lehnten Teile des Bonner Pakets ab, bei denen es noch Prüfungsbedarf gebe. Nur durch eine integrierte regionale Verkehrsverteilung könne Mobilität im Ruhrgebiet gesichert werden. Die CDU wolle einfach bei Stau eine neue Straße. Die Bonner Gutachter stuften die A 40 selbst nach dem Ausbau als überlastet ein. Fernstraßenbau im Ruhrgebiet ziehe eine Verdoppelung der Verkehrsbelastung nach sich. Viele Verkehrsprobleme seien hausgemacht. Im Ruhrgebiet wachse der Kurzstrecken- und Freizeitverkehr mehr als der Transitverkehr. Verhaltensänderungen, Ausbau des Umweltverbunds, neue Leistungen, ein intelligentes Verkehrsmanagement seien nach Ansicht des Kommunalverbands Ruhrgebiet der Schlüssel zur Verkehrswende.

**Verkehrsminister Wolfgang Clement** (SPD) bestätigte die Verständigung über die Heraufstufung der A 40 mit dem Bundesverkehrsminister, Zurückstufung der DüBoDo und die Notwendigkeit von Schienenverkehrsoptimierung. Grußadressen und Anforderungen an die Landesregierung seien überflüssig.

**Oliver Wittke** (CDU) forderte die GRÜNEN auf, wie die SPD ihr Einverständnis mit den Inhalten des Antrags zu erklären. Der große Streit zwischen SPD und GRÜNEN werde verschwiegen. Es sei traurig, wie sich die ehemals mächtige einflussreiche SPD-Fraktion am grünen Nasenring durch die Arena führen lasse. Die CDU wolle die Projekte schnell und ohne grünes Störfeuer über die Bühne bringen.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) wiederholte, über die Projekte entscheide der Bundesgesetzgeber. Sie würden wie geplant durchgeführt. Heinz Hunger (SPD) versicherte, die SPD unterstütze voll die Verkehrspolitik dieser Landesregierung und stimme dem von Clement ausgehandelten Paket ausdrücklich zu.

**Volkmar Klein** (CDU) wunderte sich über die Äußerungen und das negative Ergebnis von Lohnsteuerrückzahlungen aus Sparmodellen für ostdeutsche Investitionen für falsch ausgeschachtet. In NRW seien in den sieben Wochen bis Jahresende nennenswerte Beträge einzusparen. Erlöse aus Verkäufen dürften nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Und eine globale Minderausgabe ohne Transparenz und ohne Landtag dürfe es nicht geben.

**Reinhold Trinius** (SPD) sagte, erstmals brächen die Landessteuern zusammen, gingen Erbschaftsteuereinnahmen zurück und breche die Grunderwerbsteuer weg, wirke sich die Abschaffung der Vermögenssteuer aus. Damit sei die Geschäftsgrundlage kaputt. Es gehe um Systemfehler und um die Grenze des Wirtschaftssteuerns durch Steuerpolitik. Die drei Landtagsparteien sollten sich so schnell wie möglich zusammenraufen und die FDP zurückpfeifen, um das Gemeinwohl wiederherzustellen.

## CDU-Antrag abgelehnt

### Weiter Zwangsbelegung von Sozialwohnungen

*Den CDU-Antrag „Zwangsbelegungsverordnung für Sozialwohnungen muß aufgegeben werden“ (Drs. 12/2554) überwies der Landtag nach der Aussprache im Plenum am 20. November in die Ausschüßberatung.*

**Siegfried Zellnig** (CDU) begründete den Antrag mit der Absicht, die Überlassungsverordnung vom 1. Juli 1997 ersatzlos zu streichen. Die Zwangsbelegung sei überflüssig, mit erhöhtem Verwaltungsaufwand verbunden, schrecke Investoren ab und sei sozialpolitisch unsinnig. Selbst die gemeinnützige Wohnungswirtschaft halte die Verordnung für eine Duftmarke des rot-grünen Bauministers Vesper. Nach ausführlicher Darstellung der frei vereinbarten Belegungspolitik von 1994 bis 1996 erklärte Zellnig, der neue GRÜNE Wohnungsbauminister habe 1997 plötzlich die unsinnige, überflüssige Verordnung durchgesetzt.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) widersprach, die NRW-Verordnung sei nicht das zentrale Investitionshindernis, sondern die Sättigung der Märkte und eine negative Einkommensentwicklung. Die Verordnung sei jetzt sechs Wochen in Kraft. Die Praxis solle weiter geprüft werden. Es gebe keinen einheitlichen Wohnungsmarkt, sondern sehr viele Unterschiede. Die vielen privaten Investoren sollten eingebunden werden. Die Verordnung werde in 36 von 396 Städten angewandt. Das zeige den großen Gestaltungsspielraum. Fördergeld für den Bau von 27 000 Wohnungen stehe bereit. Die Wirkung des vom Bauministerium vorgelegten vernünftigen Vorschlags solle ein halbes Jahr abgewartet werden.

**Hedwig Tarner** (GRÜNE) vermutete, der CDU-Antrag sei nicht so ernst gemeint und nur die Suche nach einem Thema schwieriger rot-grüner Zusammenarbeit. Seit Anfang der 90er Jahre seien immer mehr Menschen ohne angemessenen Wohnraum. Nur mit Neubau komme die Wohnungspolitik nicht gegen den Bedarf an. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und Teile der SPD hätten mit viel Anstrengung die Verordnung verhindern wollen. Freiwillige Belegungen seien vereinbart worden. Aber Privateigentümer seien nicht mit erfaßt worden. Das Land stelle Investoren Geld zur Verfügung und wolle dafür auch Leistung bekommen. Nach der neuen Verordnung würden drei Mietparteien vorgeschlagen. Eine davon sei zu nehmen, bei schwerwiegenden Gründen alle drei sogar abzulehnen. Die 36 Kommunen seien sorgfältig ausgesucht worden.

**Wohnungsminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) hielt der CDU Wohnungspolitik von vorgestern vor und verteidigte die Verordnung mit hoher Nachfrage nach Sozialwohnungen. Die betroffenen Gemeinden seien bei der Versorgung gestärkt worden. Trotz langer Vorlaufzeit seien nur drei freiwillige Belegungsvereinbarungen abgeschlossen worden. Auch mit der Verordnung seien noch Kooperationsverträge möglich. Eine Aussetzung der Verordnung komme nicht in Betracht.

## SPD für ...

(Fortsetzung von Seite 15)

Abschreibungskünstele geöffnet, so daß beim Staat nichts mehr reinkomme. Steuerfrust verstärke die Steuerunehrlichkeit. Beschäftigte aus Hochlohnbranchen würden in Niedriglohnsektoren weggedrückt.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) bestätigte eine noch nie dagewesene Krise der Staatsfinanzen. Trotz 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum gebe es 0,6 Prozent weniger Steuereinnahmen. Die Einkommensteuer sei zu einer Bagatelsteuer geworden. NRW müsse mit Ausfällen von zwei Milliarden und 300 Millionen Mark Mehrbelastung im Finanzausgleich rechnen. Die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1998 werde dem Landtag in der kommenden Woche zugeleitet. Eine Haushaltssperre mache keinen Sinn. Die Bonner Union sei mit einer Steuerpolitik der Vernunft an der FDP gescheitert. Die SPD wäre auch zu höherer Mehrwert- und Mineralölsteuer bereit.

